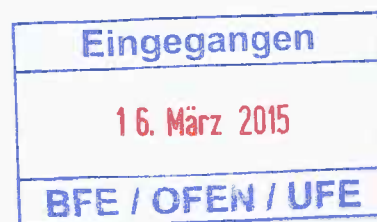


Bundesamt für Energie
Sektion NE
3003 Bern



Elektronische Übermittlung an:
strategie-stromnetze@bfe.admin.ch

Landquart, 12. März 2015

Vernehmlassung: Strategie Stromnetze

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Repower AG dankt Ihnen für die Möglichkeit, an der Vernehmlassung zur Strategie Stromnetze, teil zu nehmen.

1. Allgemeine Bemerkungen

Im Grundsatz begrüsst Repower die Anstrengungen mit den neuen Gesetzesanpassungen im StromVG und EleG die Verfahren im Leitungsbau zu beschleunigen.

Die Netzbetreiber haben den Auftrag ein sicheres, leistungsfähiges und effizientes Netz bereit zu stellen. Dieser Auftrag kann kosteneffizient ausgeführt werden, wenn die Rahmenbedingungen entsprechend definiert werden. Leider sind in den einzelnen neuen Bestimmungen zahlreiche behördliche und regulatorische Eingriffe vorgesehen, die nicht in eine effizientere Richtung gemäss StromVG weisen. Es muss davon ausgegangen werden, dass der administrative Aufwand erneut erheblich steigt und insbesondere die Verteilnetze ineffizienter und deutlich teurer werden.

In den Sachplan gehören nur Anlagen des Übertragungsnetzbetreibers. Ersatzmassnahmen des Übertragungsnetzbetreibers müssen mit den Verteilnetzbetreibern abgestimmt werden. Entscheidend für solche Massnahmen soll die betriebliche und finanzielle Gesamteffizienz sein.

Ein eindimensionaler Mehrkostenfaktor darf nicht darüber entscheiden, ob eine Leitung als Kabel- oder Freileitung ausgeführt wird. Vielmehr muss eine Gesamtabwägung aller Faktoren vorgenommen werden, wie das heute in aller Regel bereits geschieht. Im Vordergrund muss ein sicheres kostengünstiges Netz stehen. Die Einführung eines Mehrkostenfaktors ist deshalb abzulehnen. Den zuständigen Bewilligungsbehörden ist das Recht einer Güterabwägung einzuräumen. Im Konfliktfall kann eine Verkabelung verfügt werden, sofern die Mehrkosten nicht mehr als Faktor 2 einer Freileitung betragen.

Im Grundsatz sind sämtliche Administrativmassnahmen, welche Kosten und Gebühren verursachen, abzulehnen. Diese führen zu einer inakzeptablen Erhöhung des in den letzten Jahren ohnehin stark gewachsenen öffentlichen Sektors, der zunehmende volkswirtschaftliche Ineffizienzen schafft.

2. Bemerkungen zur Revision des EleG

Ersatzmassnahmen

Der erläuternde Bericht spricht im Zusammenhang mit den spannungsübergreifenden Ersatzmassnahmen von Eingriffen bis hin zu Rückbauten von Leitungen unterlagerter Netzebenen. Der Übertragungsnetzbetreiber darf nicht zwecks Realisation eigener Projekte in die Topologie des nachgelagerten Verteilnetzbetreibers eingreifen. Falls der Ausbau des Übertragungsnetzes Massnahmen auf den unteren Netzebenen erfordert, muss der betroffene Netzbetreiber vorgängig mit einbezogen und für alle entstehenden Kosten, Folgekosten und allenfalls entgangenen Gewinn entschädigt werden. Dass solche Massnahmen nur im Einverständnis mit dem nachgelagerten Verteilnetzbetreiber umgesetzt werden dürfen versteht sich dabei von selbst.

Antrag

Art. 15b Abs. 2 E EleG ist wie folgt zu ergänzen:

- ² Die Genehmigungsbehörde nach Artikel 16 Absatz 2 kann auf begründeten Antrag des Betreibers des Übertragungsnetzes anordnen, dass die gestützt auf die Umweltschutzgesetzgebung einschliesslich der Natur- und Heimatschutzgesetzgebung vorzunehmenden Ersatzmassnahmen im Verteilnetz innerhalb des betreffenden Planungsgebietes ausgeführt werden. Mögliche Ersatzmassnahmen sind mit dem Verteilnetzbetreiber vorgängig abzustimmen und zu vereinbaren.

Die betroffenen Betreiber bzw. Eigentümer entscheiden welche Massnahmen sie in Absprache mit dem Übertragungsnetzeigentümer ausführen und welche Entschädigungen dafür zu entrichten sind.

Antrag

Art. 15b Abs. 3 E EleG ist wie folgt zu ergänzen:

- ³ Die betroffenen Betreiber von Verteilnetzen führen die Ersatzmassnahmen aus; sie werden dafür vom Übertragungsnetzbetreiber voll entschädigt. ~~Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.~~

Mehrkostenfaktor

Bei einer vermehrten Erdverkabelung steigen die Investitionskosten massiv an. Eine Verkabelungspflicht führt insbesondere in ländlichen Gebieten, die bereits heute deutlich höhere Netzkosten zu tragen haben (lange Leitungen, tiefe Energiedichte, schwieriger Baugrund) zu einer untragbaren weiteren Verteuerung der Netze. Auch aus Umweltsicht sind Kabelleitungen längst nicht so vorteilhaft, wie dies auf den ersten

Anblick erscheinen mag- 3 -. Kabelrohrblocks können die Bodenfruchtbarkeit und die Hydrogeologie empfindlich stören, sind energetisch aufwändig und Entsorgung und Recycling sind deutlich aufwändiger als bei Freileitungen. Zwar sind bei Erdkabeln weniger Störungen zu verzeichnen, dafür sind die Störungsbehebungszeiten bei Schäden an Kabelleitungen massiv höher als bei Freileitungen. Es ist deshalb von Fall zu Fall zu entscheiden, ob eine Verkabelung sinnvoll ist oder nicht. Es muss eine Gesamtabwägung aller Faktoren vorgenommen werden, wie das heute in aller Regel bereits geschieht. Im Vordergrund muss ein sicheres kostengünstiges Netz stehen. Die Einführung eines Mehrkostenfaktors ist deshalb abzulehnen. Den zuständigen Bewilligungsbehörden ist das Recht einer Güterabwägung einzuräumen. Im Konfliktfall kann eine Verkabelung verfügt werden, sofern die Mehrkosten nicht mehr als Faktor 2 einer Freileitung betragen.

Das Argument, dass die Kosten auf Endkunden gewälzt werden können darf nicht dazu führen, dass die Netzkosten ohne zwingende Gründe erhöht werden. Betroffen sind neben den Verteilnetzen auch Kraftwerke mit eigenen Leitungen, die ihre Kosten nicht auf die Allgemeinheit abwälzen können. Dies kann zur Benachteiligung von Produktionsanlagen führen, deshalb müssen solche Anschlussleitungen zwingend ausgenommen werden.

Antrag

Art. 15c Abs. 1 und 2 E EleG sind wie folgt zu ergänzen:

- ¹ ... ist als Erdkabel auszuführen, sofern dies nach einer Güterabwägung (Umwelt, Technik, Kosten) durch die Bewilligungsbehörde als notwendig erachtet wird und die Kosten nicht mehr als doppelt so hoch, wie diejenigen einer Freileitung sind. Ausgenommen sind Anschluss- und Eigenbedarfsleitungen von Produktionsanlagen.
- ²

Antrag

Art. 15b Abs. 2 E EleG ist zu *streichen*.

Antrag

Art. 15c Abs. 3 und 4 EleG sind zu *streichen*.

Digitaler Netzplan

Mit der Pflicht zur Erstellung von Richtplänen befindet sich die Raumplanung zu einem wesentlichen Teil in der Verantwortung der Kantone. Dem Bund obliegt die Genehmigung der kantonalen Richtpläne. Die im Rahmen dieser Kompetenzordnung bestehenden Abläufe und Prozesse sind nicht in Frage zu stellen, sondern zu nutzen. Mit der Zuteilung der Aufgabe ans BFE würde ein hoher, nicht zu rechtfertigender Aufwand generiert, der nicht notwendig ist und keinen Mehrwert schafft. Die Grundsätze zur Datenerhebung und Datenverwendung sind im Geoinformationsgesetz und in der Geoinformationsverordnung hinreichend geregelt.

Zu Abs. 2 ist ferner anzumerken, dass der Schutz kritischer Infrastrukturen gewährleistet sein muss, was der Veröffentlichung entsprechender Daten widerspricht.

Antrag

Art. 26a E EleG ist zu *streichen*.

Verfahrensfristen

Die Absicht mit der Strategie Stromnetze ist eine Beschleunigung der Verfahren für den Ausbau der Stromnetze. Zur Sicherstellung von schnelleren Verfahren ist es notwendig mit kürzeren Fristen zu arbeiten. Das wurde im Rahmen der Energiestrategie 2050 erkannt und im Art. 16a^{bis} EleG berücksichtigt. Die beschleunigende Wirkung auf die Verfahren sowie die verbesserte Planbarkeit kann nur durch eine verbindliche Terminvorgabe erreicht werden. Daher sollte auf die Formulierung «in der Regel» verzichtet werden.

Antrag

Art. 15f Abs. 3 E EleG ist wie folgt zu ändern:

³ Der Sachplan ist ~~in der Regel~~ innert maximal zwei Jahren zu erarbeiten. ...

Art. 16a^{bis} EleG ist wie folgt zu ändern:

¹ Die Bearbeitungsfrist für ein Plangenehmigungsverfahren darf in der Regel zwei Jahre nicht überschreiten.

Dienstbarkeiten

Analog zur Erteilung aller Bewilligungen mit der Plangenehmigung (Art. 16 EleG) ist eine Bestimmung aufzunehmen, welche sicherstellt, dass vertraglich alle privaten Rechte für den Bau, Bestand und Betrieb von elektrischen Leitungen mit einem Rechtsakt erteilt werden. Dies betrifft insbesondere die Durchleitung Daten Dritter. Bei Elektrizitätsleitungen kommen zur Überwachung und Steuerung des Netzes nach neuster Technologie Lichtwellenleiter im Erdseil zum Einsatz. Für Zwecke der Telekommunikation stehen ungenutzte Kapazitäten zur Verfügung, die Investitionen in separate Telekomverbindungen mit eigener Trasse überflüssig machen, was im öffentlichen Interesse liegt und dem Grundsatz der Bündelung von Infrastrukturvorhaben entspricht. Das Grundeigentum wird mit der Nutzung dieser physisch in jedem Fall vorhandenen Kapazitäten nicht stärker belastet. Es rechtfertigt sich deshalb nicht, zusätzlich eine Dienstbarkeit allein für die Durchleitung Daten Dritter erwerben zu müssen. Zudem bedeutet die gesetzliche Festlegung einer umfassenden Nutzung des Lichtwellenleiters in der Praxis eine wesentliche Vereinfachung des Rechtserwerbs.

Antrag

Art. 15a EleG ist wie folgt zu ergänzen:

- ² Mit dem Abschluss einer Dienstbarkeit, welche den Bau, Bestand und Betrieb von Leitungen gemäss Absatz 1 zum Gegenstand haben, werden alle Rechte, insbesondere auch das Recht das Grundstück für die Durchleitung Daten Dritter zu nutzen, erteilt.
- ³ Absatz 2 gilt auch für bestehende Dienstbarkeiten.

Bei Dienstbarkeitsverträgen müssen standardisierte vertragliche Bestimmungen zur Anwendung gelangen. Vor der letzten Revision des Sachenrechtes (1.1.2012) genügte für die Errichtung der Leitungsdienstbarkeit die einfache Schriftlichkeit. Die durch die Revision erfolgte Verschärfung hin zur öffentlichen Beurkundung ist für die Errichtung von Leitungsdienstbarkeiten aber nicht sachgerecht und durch die hohe Anzahl der Verträge mit entsprechendem unverhältnismässigem Aufwand und Kosten verbunden. Demzufolge ist eine möglichst einfache Form der Errichtung notwendig.

Antrag

Art. 15a EleG ist wie folgt zu ergänzen:

- ⁴ Der Vertrag über die Errichtung dieser Dienstbarkeit bedarf zu seiner Gültigkeit der schriftlichen Form.

Für die zwangsweise Erneuerung zeitlich abgelaufener Dienstbarkeitsverträge sollen nur die Bestimmungen des Enteignungsrechts zur Anwendung gelangen. Die Durchführung eines Plangenehmigungsverfahrens soll nur erforderlich sein, wenn vollkommen neue Rechte (z.B. neues Niederhalteservitut oder Bauservitut) erforderlich sind.

Antrag

Art. 44 EleG ist wie folgt zu ergänzen:

- ² Das Enteignungsrecht kann für die Erstellung und Änderung von Einrichtungen zur Fortleitung und Verteilung elektrischer Energie und der für deren Betrieb notwendigen Schwachstromanlagen sowie für die Erneuerung von Dienstbarkeiten im Einzelfall geltend gemacht werden.

Es ist eine Bestimmung wiederaufzunehmen, vergleichbar wie sie mit dem alten Art. 53bis EleG bestand. Gemäss der heute geltenden Vertragspraxis werden die Rechte für den Bau, Bestand und Betrieb der Stark- und Schwachstromanlagen auf den Bestand der Anlage oder auf unbestimmte Zeit erteilt. Die Dauer der Entschädigungsperiode beträgt in der Regel 25 Jahre, womit das Ausrichten einer Entschädigung für jede Generation sichergestellt werden kann. Sollte die Höhe der neuen Entschädigung oder die neue Ent-

schädigungsperiode oder beides strittig sein, ist dieser Streitgegenstand von der zuständigen Eidg. Schätzungskommission ausschliesslich in einem Schätzungsverfahren nach dem Enteignungsgesetz zu erledigen.

Antrag

Eine Bestimmung analog zum früheren Art. 53bis EleG ist wieder aufzunehmen:

Streitigkeiten betreffend die Höhe der neuen Entschädigung von vertraglich eingeräumten Dienstbarkeiten und der neuen Entschädigungsdauer werden in einem Schätzungsverfahren nach den Bestimmungen des EntG entschieden.

Verfahrensbeschleunigung im Plangenehmigungsverfahren

Als weitere verfahrensbeschleunigende Massnahme bei der Plangenehmigung ist die Konzentration auf eine Instanz vorzusehen. Damit entfallen Zeitverluste bedingt durch verfahrensrechtliche Doppelspurigkeiten und die zeitraubende Ausarbeitung von Überweisungsberichten und die materielle Einarbeitung einer neuen Entscheidungsinstanz. Als sachkundige Fachbehörde ist das Eidgenössische Starkstrominspektorat (ESTI) die geeignete erste und einzige Instanz.

Antrag

Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG ist zu *streichen*.

Für Umbauten, Spannungs- oder Kapazitätserhöhungen oder den Ersatz von Anlagen auf bestehenden Trassen soll ein verkürztes Plangenehmigungsverfahren mit eingeschränkten Einsprachemöglichkeiten zur Anwendung kommen. Damit würde für viele Projekte eine relevante Verfahrensbeschleunigung erreicht. Alternativ könnten solche Projekte auch als Instandhaltungsmassnahmen ohne Plangenehmigungsverfahren bezeichnet werden.

Antrag

Art. 16 Abs. 7 EleG ist zu wie folgt zu ergänzen:

- ⁷ Der Bundesrat kann Hausinstallationen, Niederspannungsverteilnetze, ~~und~~ Niederspannungs-Energieerzeugungsanlagen sowie Umbauten von Starkstromanlagen von der Plangenehmigungspflicht befreien oder bestimmte Verfahrenserleichterungen vorsehen.

Weitere Änderungen

Die Erhebung von Kausalabgaben bedarf einer klaren gesetzlichen Grundlage, in welcher die Höhe der fraglichen Abgabe als Bemessungsgrundlage definiert ist. Der vorgeschlagene Art. 3bis vermag dieser Anforderung nicht zu genügen und ist entsprechend ersatzlos zu streichen.

Antrag

Art. 3bis E EleG ist zu *streichen*.

Gestützt auf Art. 13 des Raumplanungsgesetzes und Art. 14 der Raumplanungsverordnung bildet der Sachplan Übertragungsleitungen das übergeordnete Planungs- und Koordinationsinstrument des Bundes für den Aus- und Neubau der Hochspannungsleitungen der allgemeinen Stromversorgung (Spannungsebenen 220kV und 380kV) und der Leitungen der Bahnstromversorgung (132kV). Wie auch der erläuternde Bericht bestätigt, soll der Fokus auf Netzebene 1 künftig beibehalten werden. Entsprechend ist im EleG explizit festzuhalten, dass die Sachplanpflicht nur für Netzebene 1, nicht jedoch für Netzebene 3 gilt.

Antrag

Art. 15e Abs. 2 E EleG ist wie folgt zu ergänzen:

- ² Die Sachplanpflicht besteht nur für Netzbauprojekte des Übertragungsnetzes. Der Bundesrat regelt weitere Ausnahmen von der Sachplanpflicht.

Für das Sachplanverfahren sollte nicht zwingend eine Begleitgruppe eingesetzt werden müssen. Falls doch eine Gruppe eingesetzt würde, müsste die Governance geklärt werden.

Antrag

Art. 15g Abs. 2 E EleG ist wie folgt zu ändern:

- ² Es ~~setzt~~ kann in jedem Sachplanverfahren eine Begleitgruppe einsetzen eingesetzt werden.

Die Durchführung von Plangenehmigungsverfahren stellt eine wichtige Koordinationsaufgabe dar, die beim BFE als unabhängige und neutrale Stelle verbleiben muss. Eine Übertragung an verwaltungsexterne Personen birgt durch mögliche Interessenskonflikte erhebliche Risiken für die erfolgreiche Durchführung der Verfahren. Die Möglichkeit zum Beizug von externer Unterstützung steht den Behörden auch ohne den vorgeschlagenen Artikel 17a offen.

Antrag

Art. 17a E EleG ist zu *streichen*.

Um die Realisierung von Bauvorhaben nicht einzuschränken oder zu gefährden ist über den gesamten Zeitraum des Verfahrens die Möglichkeit offen zu halten, die Geltungsdauer um jeweils 3 Jahre zu verlängern.

Antrag

Art. 18a Abs. 1 EleG ist wie folgt zu ändern:

- ¹ Die Projektierungszonen können für eine Dauer von längstens fünf Jahren festgesetzt werden. Die Geltungsdauer kann um jeweils höchstens drei Jahre verlängert werden, solange das Genehmigungsverfahren nicht abgeschlossen ist.

3. Bemerkungen zur Revision des StromVG

Szenariorahmen

Es ist sinnvoll, auf die bestehende Rollenverteilung zwischen Bund und Kantonen abzustellen, wie sie auch in Art. 9e festgehalten ist. Das BFE fokussiert auf die nationalen Interessen und Vorgaben. Die Verteilnetzbetreiber sind für die Netzplanung in den Kantonen und Gemeinden zuständig.

In den Szenarien werden Produktionsziele prognostiziert (siehe aktuelle Parlamentsentscheid vom 04.12.2014). Die Zuteilung der Erzeugungsanlagen auf einzelne Technologien und einzelne Produzenten auf die Netzebenen ist dem Markt zu überlassen. Nur so ist die Wirtschaftlichkeit für die Projekte gewährleistet.

Art. 25 StromVG verpflichtet die Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft bereits, den zuständigen Behörden die für den Vollzug erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Eine zusätzliche Verpflichtung ist nicht notwendig.

Antrag

Art. 9a E StromVG Abs. 1 und 2 sind wie folgt zu ändern:

- ¹ ...ein Szenariorahmen als Grundlage für die übergeordnete Netzplanung. Dabei zieht es die Kantone, die nationale Netzgesellschaft, die übrigen Netzbetreiber, die grossen Kraftwerksbetreiber und weitere Betroffene angemessen mit ein. ~~Diese stellen dem BFE die dafür erforderlichen Auskünfte und Unterlagen unentgeltlich zur Verfügung.~~
- ² ..., die für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren ~~über alle Netzebenen~~ die Bandbreite wahrscheinlicher energiewirtschaftlicher Entwicklungen aufzeigen. ...

Die Verbindlichkeit des Szenariorahmens hat sich auf die Beurteilung der Netzplanung und die Anrechenbarkeit von Massnahmen der Stromnetze zu beschränken. In anderen Bereichen dagegen sollen sie die Behörden nicht binden oder einschränken. Beispielsweise soll der Zubau von Produktionsanlagen nicht eingeschränkt werden, wenn das Szenario diesen Zubau nicht vorhergesehen hat.

Antrag

Art. 9a E StromVG Abs. 5 ist wie folgt zu ergänzen:

- ⁵ Der Szenariorahmen ist für Behörden zu Fragen der Elektrizitätsnetze verbindlich.

Mehrjahrespläne

Die Prüfung der Mehrjahrespläne für sämtliche Verteilnetzebenen ist unverhältnismässig. Sie ist deshalb auf die Pläne der Netzebenen 1 bis 3 zu beschränken.

Zur Erstellung von Mehrjahresplänen muss zunächst aus dem Szenariorahmen eine Lastentwicklung abgeleitet werden, in welcher auch weitere Netzbetreiber und Produzenten berücksichtigt werden müssen. Aus der Lastentwicklung kann anschliessend eine Zielnetzplanung erstellt werden, welche zusammen mit der Erneuerung und Instandhaltung und unter Einbezug aller betroffenen Stakeholder zu einem Mehrjahresplan zusammengefasst wird. Dieses Verfahren ist sehr aufwändig. Kleinere Netzbetreiber sind in der Regel nicht in der Lage, eine solche Planung mit eigenen Ressourcen zu erstellen. Vor dem Projektstart mit einem externen Dienstleister nehmen Ausschreibung, Verhandlung, Bestellung, etc. einige Zeit in Anspruch. Oft werden erst beim Projektstart die Anforderungen an die Quantität und die Qualität von Grundlagendaten bekannt. Diese müssen zuerst von den Netzbetreibern beschafft und/oder korrigiert werden. Erst danach kann mit der Planungsarbeit begonnen werden. Die Frist zur Ausarbeitung der Pläne ist entsprechend anzupassen.

Antrag

Art. 9b E StromVG Abs. 1 ist wie folgt zu ändern:

- ¹ Die Netzbetreiber erstellen basierend auf dem Szenariorahmen und entsprechend dem weiteren Bedarf für ihr Netzgebiet einen auf zehn Jahre ausgelegten Netzentwicklungsplan (Mehrhjahresplan) und legen die Pläne der Netzebenen vom Übertragungsnetz und der Verteilnetze der Ebene 3 innerhalb von ~~neun~~ zwölf Monaten nach Genehmigung des letzten Szenariorahmens durch den Bundesrat der ElCom zur Prüfung vor.

Da mit Energieszenarien keine Netze geplant werden können, wurde der neue Absatz 1bis von Art. 9a an diesen Ort verschoben. Die Netzbetreiber müssen die Anforderung an die Netze aus den Energieszenarien bedarfsgerecht ableiten. Es gibt noch keinen Bedarf, mit den Gemeinden und Kantonen zu sprechen, da noch keine Korridore festgelegt werden.

Antrag

Art. 9a E StromVG ist wie folgt zu ergänzen:

- ^{1bis} Basierend auf den Vorgaben des Szenariorahmens des BFE sowie der regionalen und kommunalen Anforderungen definieren die Verteilnetzbetreiber ihre Netzplanung. Sie stimmen sich dabei bedarfsgerecht mit dem Betreiber der direkt überliegenden Netzebene, den Kantonen und Gemeinden ab.

Die Mehrjahrespläne müssen eine gewisse Stabilität aufweisen. Nur damit sind kontinuierliche Vergleiche über die Jahre möglich. Der Beschrieb und die Begründung der Netzprojekte müssen in der Stromversorgungsverordnung abschliessend geregelt und gemäss Art. 3 StromVG der Branche subsidiär übertragen werden.

Antrag

Art. 9b Abs. 2 und 3 E StromVG ist wie folgt zu ändern:

- ² Der eznzureichende Mehrjahresplan enthält folgende Angaben:
- a. Er beschreibt die vorgesehenen Netzprojekte und ~~legt dar, inwiefern sie wirksam und angemessen sind~~ begründet sie.
 - b. Er weist aus, welche Netzausbaumassnahmen über die entsprechenden zehn Jahre hinaus vorgesehen sind.
- ³ Der Bundesrat regelt die Einzelheiten hinsichtlich der Angaben gemäss Absatz 2 bestimmt, welche weiteren Angaben der Mehrjahresplan enthalten muss. Er kann für Betreiber von Verteilnetzen Ausnahmen und Erleichterungen von der Pflicht zum Vorlegen eines Mehrjahresplanes vorsehen.

Nach der Genehmigung der Mehrjahrespläne soll kein nachträglicher Nachweis der Notwendigkeit für genehmigte Projekte mehr erbracht werden müssen. Dieses Grundprinzip wird auch im erläuternden Bericht gestützt. Es ist entsprechend explizit im Gesetz zu verankern, um Planungssicherheit zu schaffen und einen Beitrag an die Beschleunigung der Verfahren zu leisten.

Antrag

Art. 9b E StromVG ist wie folgt zu ändern:

- ^{2bis} Die Netzbetreiber legen den Mehrjahresplan der ElCom zur Prüfung vor. Mit dem Abschluss der Prüfung des Mehrjahresplans bestätigt die ElCom den Bedarf für die darin dargestellten Netzprojekte.

Das Erstellen der Mehrjahrespläne ist Aufgabe jedes einzelnen Netzbetreibers. Die Entscheidung, ob, wann und wie diese veröffentlicht werden, sollte deshalb dem Netzbetreiber überlassen werden. Insbesondere ist es nicht Aufgabe der nationalen Netzgesellschaft, Plandaten Dritter zu publizieren. Gerade bei Neu-

bauten und grösseren Umbauten sind für die Akzeptanz eine gezielte Kommunikation und ein Austausch zwischen dem Netzbetreiber und der betroffenen Bevölkerung vor Ort notwendig. Eine Publikation der Mehrjahrespläne über eine offizielle Stelle kann hierbei sogar kontraproduktiv sein.

Antrag

Art 9b Abs. 4 E StromVG ist wie folgt zu ändern:

- 4 Die Unternehmen nationale Netzgesellschaft veröffentlichen die von der ElCom geprüften Mehrjahrespläne. Sie sollen ~~werden nur~~ so weit veröffentlicht werden, als: ...

Planungsgrundsätze

Die Erleichterung der Planung zwischen benachbarten, sowie über- und unterliegenden Netzen kann durch eine subsidiäre Festlegung von Planungsgrundsätzen durch die Branche sichergestellt werden. Zum Nachvollzug der Mehrjahrespläne ist es ausreichend, diese gegenüber der ElCom als Genehmigungsinstanz der Mehrjahrespläne offen zu legen. Eine weitergehende Veröffentlichung ist nicht zweckmässig.

Antrag

Art. 9d Abs. 1 und 3 E StromVG ist wie folgt zu ändern:

- 1 Jeder Netzbetreiber legt die Grundsätze fest, die er bei der Netzplanung anwendet. ~~fest und veröffentlicht diese Grundsätze.~~
- 3 Die ElCom kann Minimalanforderungen festlegen und ~~Ausnahmen von der Pflicht zur Veröffentlichung gemäss Absatz 1~~ vorsehen.

Dem NOVA-Prinzip (Netzoptimierung vor Verstärkung vor Netzausbau) ist grundsätzlich zuzustimmen, da es eine effizienzorientierte Rangfolge netztechnischer Massnahmen favorisiert. Allerdings muss der oberste Grundsatz der Netzplanung nach wie vor die langfristige Sicherstellung der Versorgungssicherheit sein. Aus diesem Grund dürfen Ausbauten nicht von Vornherein ausgeschlossen werden, auch wenn ein Engpass durch eine Optimierung kurzfristig behoben werden kann.

Antrag

Art. 9d Abs. 2 E StromVG ist wie folgt zu ändern:

- 2 Bei der Festlegung der Grundsätze ist namentlich zu berücksichtigen, dass das Netz in der Regel nur dann auszubauen ist, wenn die Gewährleistung eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Netzes während des gesamten Planungshorizontes nicht durch eine Optimierung oder Verstärkung erreicht werden kann.

Die nationale Netzgesellschaft kann keine Verantwortung für die Planung der Netzebenen 3 bis 7 übernehmen. Die Koordination der Planung ist deshalb durch die jeweiligen Netzbetreiber selbst in geeigneter Zusammenarbeit sicher zu stellen. Ausserdem sind in diese Arbeiten auch die Kraftwerksbetreiber einzubeziehen, wie dies auch der erläuternde Bericht zu Recht feststellt.

Antrag

Art. 9e Abs. 2 und 3 E StromVG ist wie folgt zu ändern:

- ² ~~Die nationale Netzgesellschaft koordiniert die Planung des Übertragungsnetzes und die damit zusammenhängende Bedarfsermittlung mit der Planung der Betreiber der Übertragungsnetze der Nachbarstaaten und mit der Planung der Betreiber der schweizerischen Verteilnetze mit hoher Spannung. Die Netzbetreiber berücksichtigen für ihre Planung die Planung der benachbarten, vor- und nachgelagerten Netzbetreiber sowie Anschlussnehmer.~~ Sie zieht die ...
- ³ Die übrigen Netzbetreiber stellen der nationalen Netzgesellschaft sich gegenseitig die für die Koordination der Planung erforderlichen Auskünfte und Unterlagen unentgeltlich und zeitgerecht zur Verfügung.

Der Einbezug der Kantone und weiteren Betroffenen in die Planung ist bereits in Abs. 2 festgelegt. Eine zusätzliche Erwähnung in Abs. 4 ist nicht notwendig.

Antrag

Art. 9e Abs. 4 E StromVG ist zu *streichen*.

Anrechenbarkeit

Intelligente Systeme werden nicht nur beim Endverbraucher eingesetzt, sondern haben einen Nutzen im Gesamtsystem. Um Innovationen im Netz nicht zu bremsen, sollten intelligente Systeme, welche die gesetzlichen Vorschriften übertreffen, ebenfalls anrechenbar sein, sofern die Mehrkosten verhältnismässig zum Nutzen stehen. Ausserdem ist mit einem zusätzlichen Absatz sicher zu stellen, dass auch die Anrechenbarkeit von innovativen Massnahmen für intelligente Netze wie z.B. Stromspeicher, Demand Side Management oder ICT-Anwendungen für Netzsteuerungen gesetzlich verankert ist. Voraussetzung ist, dass sie der gemäss Abs. 1 ohnehin erforderlichen Gewährleistung eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Netzes dienen.

Antrag

Art. 15 Abs. 1 E StromVG ist wie folgt zu ändern:

- ¹ ... eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Netzes. Sie beinhalten einen angemessenen Betriebsgewinn. Die Betriebs- und Kapitalkosten gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Mess- und Steuersysteme beim Endverbraucher gelten stets als anrechenbare Kosten.
- ^{1bis} Kapital- und Betriebskosten von innovativen Massnahmen für intelligente Netze sind anrechenbar, sofern Artikel 8 Abs. 1 lit. a StromVG erfüllt ist.

Die bestehenden Artikel 15 Abs. 2 und Artikel 15 Abs. 3 sind grundsätzlich beizubehalten. Insbesondere darf der Handlungsspielraum der Unternehmen auf Gesetzesstufe nicht unnötig eingeschränkt werden. Es ist ferner zu beachten, dass Kosten für Dienstbarkeiten auch als Aktivitäten im Zusammenhang mit Projekten (z.B. Kommunikation) aktiviert werden und somit Kapitalkosten und nicht Betriebskosten darstellen.

Entsprechend der DIN-Normen ist statt von «Unterhalt» von «Instandhaltung» zu sprechen.

Antrag

Art. 15 Abs. 2 und 3 StromVG ist gemäss geltendem Recht beizubehalten:

- ² gem. geltendem Recht, aber ... Dazu zählen insbesondere die Kosten für Systemdienstleistungen, für den Unterhalt die Instandhaltung der Netze sowie die Entgelte an Gemeinwesen.
- ³ gem. geltendem Recht, aber ...
- g. die Einräumung von Rechten und Dienstbarkeiten im Zusammenhang mit dem Netzbetrieb;
 - f. die projektspezifischen Kosten für Informationsmassnahmen der Unternehmen und die von den Netzbetreibern entrichteten Gebühren nach Artikel 3bis Absatz 2 des Elektrizitätsgesetzes.

Aus Art. 30 Abs. 2 StromVG ergibt sich bereits, dass der Bundesrat für den Erlass der erforderlichen Ausführungsbestimmungen zuständig ist. Eine zusätzliche Erwähnung ist nicht notwendig.

Antrag

Art. 15 Abs. 3bis E StromVG ist zu streichen.

Weitere Änderungen

Die Regelungen von Art. 9c müssen nicht nur für Einspeisepunkte, sondern für alle Anschlusspunkte gelten.

Für die Beurteilung, welcher Anschluss aus technischer und wirtschaftlicher Sicht am günstigsten ist, sind die gesamten Lebenszykluskosten und nicht nur die initialen Investitionen mit zu berücksichtigen.

Antrag

Art. 9c E StromVG ist wie folgt zu ändern:

Art. 9c Festlegung Ein- und Ausspeisepunkte

- ¹ Die Netzbetreiber legen die Ein- und Ausspeisepunkte für neue ~~Produktionsa~~Anlagen auf der Basis von gesicherten öffentlich zugänglichen Planungsdaten zur zukünftigen Entwicklung von Produktion und Verbrauch fest.
- ² In der Regel ist derjenige Punkt auf dem bestehenden oder zukünftigen Netz als Ein- und Ausspeisepunkt festzulegen, welcher unter Berücksichtigung der Lebenszykluskosten den technisch und wirtschaftlich günstigsten Anschluss ermöglicht.

Die Veröffentlichung der Netzplanungen wird bereits durch Artikel 9b Abs. 4 sichergestellt. Eine entsprechende zusätzliche Verpflichtung der Kantone ist nicht notwendig.

Antrag

Art. 9f Abs. 2 E StromVG ist zu *streichen*.

Die internationale Vernetzung des schweizerischen Übertragungsnetzes ist nicht nur vom Beitrag von Swissgrid abhängig, sondern auch von ausländischen Partnern. Swissgrid kann somit nicht allein für die internationale Vernetzung verantwortlich gemacht werden.

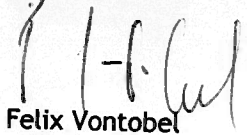
Antrag

Art. 20 Abs. 1 und 2 lit. e E StromVG ist wie folgt zu ergänzen:

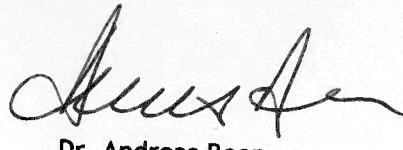
- ¹ Die nationale Netzgesellschaft sorgt ...
- ² ...
 - e. Sie stellt strebt unter Berücksichtigung des Szenariorahmens die ausreichende internationale Vernetzung des schweizerischen Übertragungsnetzes sicher an.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Repower AG



Felix Vontobel
Leiter Produktion / Netz



Dr. Andreas Beer
Leiter Netz

Strategie Stromnetze

Vernehmlassungsvorlage

Fragenkatalog

Antwortende Organisation:

Repower AG, Via da Clalt 307, Poschiavo

Inhalt

Szenariorahmen.....	2
Bedarfsermittlung.....	2
Nationales Interesse	5
Räumliche Koordination	5
Bewilligung Projekte	6
Überprüfung Kosteneffizienz.....	8
Öffentlichkeitsarbeit	9
Geodaten	9

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

Art. 9a Abs. 1 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Aufgrund von Szenariorahmen kann im Verteilnetz keine Netzplanung gemacht werden!

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Szenarien werden oft aufgrund von wirtschaftlicher Entwicklung und Bau von grösseren Kraftwerken entwickelt, deshalb ist auch eine Anpassung bei gegebenem Bedarf notwendig.

Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Das optimalste für den Netzbau wird immer unter wirtschaftlichen Aspekten, Planungshorizont und Entwicklung einer Region betrachtet.

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

Art. 9c StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Auch hier gilt der Kommentar von Punkt 4. --> wirtschaftliche Gesamtbetrachtung

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

Art. 9e Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nur NE1 sollte einen Jahresplan erstellen. (siehe Ziffer 9)

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: siehe Ziffer 9

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: siehe Ziffer 9

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?

Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Diese Prüfung verursacht bei Netzbetreiber wie bei der Elcom massiven zusätzlichen Aufwand, ohne einen effektiven Mehrwert. Für eine Prüfung und Beurteilung durch die ElCom besteht absolut keine Notwendigkeit, da die Netzbetreiber auch bereits heute die Aufgabe selbständig und ohne behördliche Kontrolle bestens erfüllt haben. Ausserdem besitzt die Behörde nicht das notwendige Know How und die verschiedenen örtlichen Netzenkenntnisse und Problematiken für die Beurteilung. Um sich dieses Wissen anzueignen, müssten zusätzliche Fachleute beschäftigt werden, welche andererseits bereits bei den Elektrizitätswerken vorhanden sind und genau die gleichen Arbeiten auch machen, d. h. es entsteht eine massive Ineffizienz ohne effektives Bedürfnis. Durch die heutige Regulierung besteht bereits eher zu viel behördliche Kontrolle.

Wichtig ist es, die richtigen Anreize für einen effizienten Netzausbau aufgrund einer Zielvorgabe zu geben (z. B. Gewinnaussicht bei effizientem/nachhaltigem Sicherstellen der Versorgungssicherheit), bei Erreichung sodann sind die Kosten vollumfänglich anrechnen zu lassen bzw. auch angemessene Gewinne zuzulassen. Diese allein sind Treiber von Effizienz, Innovation und Investitionen. Jeder Investor muss eine Aussicht auf Ertrag zu seiner Investition sehen. Diese Anreize fehlen bereits, ein zusätzliches aufwendiges Bewilligungsverfahren würde Investitionen gänzlich hemmen. Insbesondere auch im Hinblick auf die Energiestrategie und das damit zusammenhängende dringende Bedürfnis für Netzausbauten ist eine zusätzliche Einschränkung der unternehmerischen Freiheiten und Anreize sehr kontraproduktiv.

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Für das ÜN macht es Sinn, für die übrigen nicht (siehe Ziffer 9).

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

Art. 15e EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Das soll weiter so praktiziert werden.

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPeA)

Art. 15e – 15 j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☐ notwendig ☒ nicht notwendig ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: In der heutigen Zeit sind Regelungen wegen der höheren Flexibilität auf Stufe Verordnung besser und wichtiger als im Gesetz.

Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Das ESTI sollte mehr Kompetenzen erhalten. --> keine Konsultation des BFE, bei welchem zusätzlich Kosten entstehen. Der Rechtsweg ist auch nach der Instanz BFE nur sehr viel später ohne Mehrwert immer noch offen.

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

Art. 17a EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Eine Beauftragung ist grundsätzlich heute schon möglich. Diese sollte nicht im Gesetz prominent verankert werden, da das vor allem ein Mehraufwand bedeutet und somit ineffizienter wird.

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

Art. 15b Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt ?

Art. 15c EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ein Mehrkostenfaktor ist nur ein Kriterium unter vielen. Es muss eine Gesamtabwägung aller Faktoren vorgenommen werden, wie das heute in aller Regel bereits geschieht. Im Vordergrund muss ein sicheres kostengünstiges Netz stehen. Die Einführung eines Mehrkostenfaktors ist deshalb abzulehnen. Den zuständigen Bewilligungsbehörden ist das Recht einer Güterabwägung einzuräumen.

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

Art. 15c Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: siehe Ziffer 19

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?

(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

Art. 15 Abs. 3 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Es dürfen keine Einschränkungen in der Art der Technik erfolgen. Innovationen im Netz, welche der Optimierung des Gesamtsystems dienen, dürfen nicht verhindert werden. Im Grundsatz müssen entweder die Gesamtkosten anrechenbar sein, oder dann muss ein marktwirtschaftlicher Ansatz mit entsprechendem Anreiz und Aussicht auf Gewinn bestehen, ansonsten keine Investition getätigt wird.

Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

Art. 9f StromVG

Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Das bedeutet ein bürokratischer Mehraufwand ohne Nutzen bzw. ist sogar problematisch.

Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Auch das bedeutet ein massiver Mehraufwand zudem mit Schadenpotential bei irrtümlichen Daten, und das ohne wirklichen Zusatznutzen.

Bundesamt für Energie
Sektion NE
3003 Bern

Eingegangen
16. März 2015
BFE / OFEN / UFE

Landquart, 13. März 2015

Vernehmlassung: Strategie Stromnetze

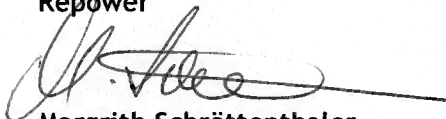
- | | | |
|--------------------------------------------|---------------------------------------------|-----------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> zur Kenntnisnahme | <input type="checkbox"/> zu Ihren Akten | <input type="checkbox"/> gemäss (tel.) Besprechung |
| <input type="checkbox"/> zur Stellungnahme | <input type="checkbox"/> zur Erledigung | <input type="checkbox"/> bitte besprechen |
| <input type="checkbox"/> zur Prüfung | <input type="checkbox"/> zum Entscheiden | <input type="checkbox"/> bitte zurücksenden |
| <input type="checkbox"/> auf Ihren Wunsch | <input type="checkbox"/> zur Unterzeichnung | <input checked="" type="checkbox"/> zur Bearbeitung |

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne sende ich Ihnen im Auftrag von Herr Georges Marquart, Netzentwicklung & Regulierung, die beiliegenden Dokumente zu.

Freundliche Grüsse

Repower



Margrith Schröttenthaler

Empfang